



## **BMUV Informationspapier zur Weltnaturkonferenz 2024**

### 16. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD-COP 16)

Vom 21. Oktober bis zum 1. November 2024 findet die 16. Weltnaturkonferenz in Cali, Kolumbien statt. Die Konferenz knüpft an die Weltnaturkonferenz von Montreal vor zwei Jahren an: Dort hatten rund 200 Staaten eine historische neue Vereinbarung beschlossen, das „Global Biodiversity Framework“ (GBF). Ein wesentliches Ziel dieser Vereinbarung ist es, mindestens 30 Prozent der Land- und Meeresflächen bis 2030 unter wirksamen Schutz zu stellen.

### **Worum geht es auf der Weltnaturkonferenz in Cali?**

Die Konferenz in Cali soll konkretisieren, wie die Ziele der 2022 in Montreal verabschiedeten Vereinbarung weiter umgesetzt werden.

Es treffen sich dort die 196 Vertragsparteien des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt. Die meisten Länder sind durch ihre Umweltminister\*innen vertreten. Die deutsche Delegation wird von Bundesumweltministerin Steffi Lemke geleitet. Sie reist mit folgenden Zielen nach Cali:

- **Wirksame Kontrollmechanismen etablieren, um die Umsetzung der Vereinbarung sicher zu stellen**

Um wirklich eine Veränderung zu bewirken, müssen die in der globalen Vereinbarung verabredeten Ziele nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch praktisch umgesetzt werden und Fortschritte messbar sein.

Denn die Welt hatte schon einmal Biodiversitätsziele vereinbart: 2010 in Aichi, Japan. Nicht eines dieser Ziele wurde vollständig erreicht. Schon in Montreal lag deshalb ein Schwerpunkt darauf, wirksame Mechanismen zur Kontrolle und Umsetzung zu vereinbaren, aber dieser Punkt wurde nicht zu Ende verhandelt. Es fehlen noch wichtige Details. Dort knüpfen die Verhandlungen jetzt an.

In Cali soll ein Regelwerk zur Überprüfung der Fortschritte (Monitoring Framework) verabschiedet werden. Dafür braucht es messbare, wissenschaftlich hinterlegte Indikatoren. Indikatoren sichern außerdem die Vergleichbarkeit. Ein Beispiel: ein Indikator zeigt an, wie hoch der prozentuale Anteil von Schutzgebieten an Land und im Wasser ist und wie sich dieser Anteil entwickelt. Das ist wichtig, um die Fortschritte auf dem Weg zum Ziel „30 Prozent Schutzgebiete“ zu überprüfen.

Das Bundesumweltministerium (BMUV) setzt sich in den Verhandlungen dafür ein, dass zur Überprüfung der Fortschritte ein neuer Prozess aufgesetzt wird (Review-Prozess): Die Vertragsstaaten sollen dazu regelmäßig über ihre Fortschritte berichten und diskutieren. Deutschland fordert, ein eigenes Forum einzurichten, auf dem sich Staaten über Erfolge und Hindernisse im Naturschutz austauschen und offen darlegen, wie es um den Erhalt der Biodiversität im eigenen Land bestellt ist.

- **Nationale Strategien und Aktionspläne voranbringen**

Ein weiteres wichtiges Instrument zur Umsetzung der globalen Vereinbarung sind die Nationalen Biodiversitätsstrategien und -Aktionspläne (Nationale Biodiversity Strategies and Actions Plans, NBSAPs). Deutschland hat seine Nationale Biodiversitätsstrategie in einem breiten Beteiligungsprozess überarbeitet, das Bundesumweltministerium hat dafür jetzt einen ambitionierten Entwurf erarbeitet. Dieser spiegelt die Ziele der globalen Vereinbarung wider. Der Entwurf wird in Kürze zur Abstimmung an die anderen Ressorts geleitet.

Deutschland unterstützt darüber hinaus andere Staaten dabei, ihre NBSAPs zu erstellen und umzusetzen. Das passiert im Rahmen der sogenannten *NBSAP Accelerator Partnership* und im Rahmen von Projekten der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI).

- **Solide Finanzierung für die Umsetzung der globalen Vereinbarung**

Schutz und Wiederherstellung von Ökosystemen kosten Geld. Deshalb müssen weltweit Mittel mobilisiert werden, aus öffentlichen Haushalten und privaten Quellen, national und international. Die Industriestaaten haben dabei eine besondere Verantwortung.

Deutschland wird dieser Verantwortung gerecht und hat 2023 die internationale Biodiversitätsfinanzierung auf rund 1,36 Milliarden Euro gesteigert.

Zudem steht Deutschland zu der Zusage, diese Mittel weiter zu erhöhen und ab 2025 1,5 Milliarden Euro pro Jahr für internationale Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt zur Verfügung zu stellen. Die Summe entspricht einer Verdopplung gegenüber den rund 750 Millionen Euro, die in den Jahren 2017-2021 im Durchschnitt investiert wurden.

Im letzten Jahr hat der in Montreal neu geschaffene globale Naturschutzfonds, der Global Biodiversity Framework Fund (GBFF), seine Arbeit aufgenommen. Erste Zuschüsse zur Vorbereitung von Projekten hat er bereits genehmigt.

Die Bundesregierung hat den frühen Start des Fonds mit einer Einzahlung von 40 Millionen Euro ermöglicht. In Cali wirbt Deutschland dafür, diesen Fonds zu stärken und weitere Geber zu gewinnen.

- **Die Rolle von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften im Naturschutz stärken**

Indigene Völker und lokale Gemeinschaften (indigenous peoples and local communities, IPLCs) verfügen weltweit über ein umfassendes traditionelles Wissen über Ökosysteme und nachhaltige traditionelle Praktiken und Innovationen. Ein großer Teil der Gebiete, die als „Schlüsselgebiete für die biologische Vielfalt“ ausgewiesen sind, liegt auf Flächen, die von IPLC bewohnt werden.

Gebiete, auch Schutzgebiete, die durch IPLCs gemanagt werden, sind nachweislich in einem besseren Zustand was die biologische Vielfalt betrifft, als solche außerhalb der Einflussphäre von IPLCs. IPLCs spielen auch beim Erhalt von Heilpflanzen eine entscheidende Rolle.

Das Wissen und die Fähigkeiten dieser 300 bis 500 Millionen Menschen sind von strategischer Relevanz für die Umsetzung der globalen Vereinbarung. Die Beteiligung und Teilhabe von IPLCs ist deshalb in der Weltnaturschutzvereinbarung festgehalten (Artikel 8 (j)). Die Bundesregierung begreift IPLCs als Schlüsselpartner im globalen Naturschutz.

Deutschland setzt sich deshalb dafür ein, die Beiträge von IPLCs zum Biodiversitätserhalt noch stärker anzuerkennen und ihre wirksame und volle Beteiligung bei der Umsetzung der Weltnaturschutzvereinbarung zu stärken. Dazu soll in Cali ein Arbeitsprogramm verabschiedet werden. Das Programm sieht unter anderem vor, dass das Wissen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften zur Bewältigung der Biodiversitäts- und der Klimakrise künftig besser berücksichtigt wird. Das BMUV unterstützt den Vorschlag, einen permanenten Ausschuss für die Stärkung der Beteiligung von IPLCs einzurichten.

- **Naturschutz und Klimaschutz besser miteinander verbinden**

Die Biodiversitäts- und die Klimakrise sind untrennbar miteinander verbunden und können nur gemeinsam gelöst werden. Das Bundesumweltministerium setzt sich in den Verhandlungen in Cali deshalb dafür ein, bestehende Vereinbarungen zum Klima- und Naturschutz besser miteinander zu verzahnen.

Das gilt für nationale Strategien genauso wie für internationale Vereinbarungen, wie etwa die Biodiversitätskonvention CBD und die Klimarahmenkonvention UNFCCC. Hat eine Klimaschutzmaßnahme zum Beispiel negative Auswirkungen auf Ökosysteme, etwa beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, müssen diese möglichst minimiert werden. Umgekehrt sollten naturbasierte Lösungen im Klimaschutz stärker gefördert werden - wie etwa die Wiedervernässung von Mooren, die Renaturierung von Flussauen oder den Schutz von Wäldern oder Mangroven.

Deutschland setzt sich in Cali dafür ein, ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, das eine stärkere Verzahnung zwischen der Weltnaturschutzvereinbarung und der Klimarahmenkonvention festhält.

Gleichzeitig unterstützt Deutschland bereits viele Projekte, die sich diesen Ansatz zunutze machen. Ein Beispiel ist die globale Initiative für Moorlandschaften, die „Global Peatlands Initiative“. Ziel der Initiative ist es, die Widerstandsfähigkeit von Mooren zu stärken und damit gleichzeitig Biodiversität und Klima zu schützen. Moore bieten zum Beispiel seltenen, wandernden und bedrohten Arten wie Orang-Utans oder dem Sumatra-Tiger eine Heimat und einen Zufluchtsort. Für diese Initiative sucht Deutschland in Cali weitere Unterstützer.

## **Wie verläuft die Konferenz?**

Die deutsche Delegation in Cali wird durch Bundesumwelt- und Naturschutzministerin Steffi Lemke als nationale Verhandlungsführerin geleitet. Begleitet wird sie vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Dr. Jan-Niclas Gesenhues, und von Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Deutschland verhandelt in Cali unter dem Dach der Europäischen Union. Die EU wird von der ungarischen Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Europäischen Kommission angeführt, unterstützt durch die anderen EU-Mitgliedstaaten.

Die Konferenz beginnt auf Arbeitsebene bereits am 16. Oktober mit der Sitzung eines Untergremiums der CBD Conference of the Parties (COP). Am 21. Oktober wird die offizielle COP eröffnet.

Am 29. und 30. Oktober findet dann das hochrangige Segment der COP statt, die Verhandlungen auf Ebene der Ministerinnen und Minister. Bis zum Abschlussplenum der Weltnaturkonferenz am 1. November laufen die Verhandlungen auf ministerieller und Arbeitsebene weiter.